

Gastfreundlich, international und kooperativ

Britische Universitäten nach dem Brexit

VIVIENNE STERN

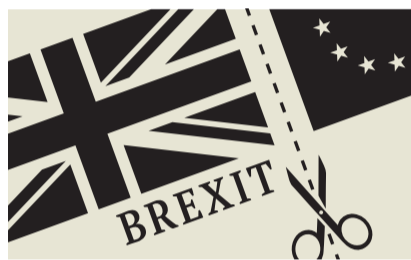
Britische Universitäten haben eine lange Tradition internationaler Ausrichtung. Seit vielen Jahren gibt es den Austausch von Lehrpersonal und Studierenden, um bestmöglich in der Forschung zusammenzuarbeiten. Internationalisierung ist Teil der DNA unserer großen britischen Universitäten schon seit ihrer Gründung und sicher auch einer der Gründe ihres heutigen Erfolgs.

Das Vereinigte Königreich beherbergt eine Vielzahl von Hochschulen, die Menschen aus der ganzen Welt willkommen heißen, eine Fülle internationaler Forschungsprojekte und Universitäten mit institutionellen Partnerschaften in der ganzen Welt.

Diese internationalen Beziehungen sind lebensnotwendig. Deshalb hat »Universities UK« so

hart für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union gekämpft. Und deshalb machen wir uns auch jetzt stark für eine Fortsetzung der engen Beziehungen mit unseren europäischen Kollegen nach dem EU-Austritt.

Seitens der britischen Universitäten gibt es in dieser Hinsicht vielfältige Bedenken. Unter anderem beziehen sie sich auf die wachsenden Hürden, Studierende und Lehrpersonal zu gewinnen. Es wird weniger Möglichkeiten geben, im Ausland zu studieren, zu arbeiten oder ehrenamtliche Tätigkeiten auszuüben. Zudem wird der kontinuierliche Zugang zu Forschungspartnerschaften und -geldern eingeschränkt sein.



Daher drängen wir darauf, auch weiterhin Zugang zu Erasmus+ und Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen zu haben. Erasmus+ ist ein bedeutendes Programm, mit dessen Hilfe Studierende und Lehrkräfte internationale Studien- und Stellenangebote wahrnehmen können. Es fördert bis zu 55 Prozent aller derzeit im Ausland lebenden britischen Studierenden. Die britische Regierung hat bestätigt, dass sie eine Garantie für Erasmus+-Abkommen übernehmen wird, die während der EU-Mitgliedschaft unterzeichnet wurden, auch wenn die Zahlungen über das Austrittsdatum hinausgehen.

Traditionellerweise verbringt nur eine sehr geringe Zahl britischer Studierender eine Zeit ihres Studiums im Ausland. Es ist jedoch erwiesen, dass Auslandsaufenthalte wichtige Qualifikationen, Erfahrungen und kulturelles Verständnis vermitteln, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können. Zu Beginn des Jahres haben wir eine nationale Kampagne gestartet, mit deren Hilfe die Anzahl derer, die im Ausland arbeiten, studieren oder ehrenamtlich tätig werden, bis zum Jahr 2020 verdoppelt werden soll.

Für den Forschungsbereich hat die britische Regierung bestätigt, dass EU-finanzierte Gelder des Forschungs- und Innovationsfonds, die im Zuge des Horizon 2020-Programms zugesagt wurden, durch das Finanzministerium garantiert sind, solange das Vereinigte Königreich EU-Mitglied ist. Dies gilt auch für Projekte, die nach dem Austritt aus der EU weiterlaufen. Diese Entscheidung haben wir sehr begrüßt, da wir den hohen finanziellen und ideellen Nutzen einer Teilnahme an

EU-Rahmenprogrammen für britische Einrichtungen kennen. Wir wünschen uns zudem von der britischen Regierung eine weitergehende Zusage über die Teilnahme an diesen Programmen auch nach dem EU-Austritt. Dies sollte für das laufende Horizon 2020-Programm bis zum Jahr 2020 und darüber hinaus für das Framework Programme 9 gelten, unter der Voraussetzung, dass hier die gleichen Grundprinzipien wie bei den Vorgänger-Programmen gelten.

Die britische Regierung sollte sich – wie die Schweiz und Norwegen – weiterhin am Haushalt für diese Programme beteiligen, sodass der Zugang zu allen verfügbaren Finanzierungs- und Kooperationsmöglichkeiten erhalten bleibt. Unser Bestreben ist es daher, unsere Regierung vom unschätzbaren Nutzen dieses Instruments zu überzeugen, das die europaweite Zusammenarbeit im Forschungssektor und die Mobilität von Akademikern fördert. Und wir hoffen auf das Verständnis der anderen EU-Mitgliedsländer hinsichtlich des Verbleibs des Vereinigten Königreichs in diesen Programmen, da dies aufgrund der Qualität von Bildung und Forschung in Großbritannien für alle Seiten von Vorteil wäre.

So richtet sich unser Hauptaugenmerk derzeit auf die Stärkung der bilateralen Beziehungen mit unseren europäischen Partnern, also zu anderen Vereinigungen von Hochschulrektoren. Bei Besuchen anderer Mitgliedstaaten erfahren wir viel Unterstützung für unser Bestreben und sehen, dass diese Institutionen ein großes Interesse am Verbleib britischer Institutionen in den Erasmus+- und Horizon 2020-Programmen haben. Wir können uns dieser Meinung nur anschließen und betonen, dass sich britische Universitäten den europäischen Partnern sehr verpflichtet fühlen. Wir hoffen, dass die zuständigen Stellen innerhalb des deutschen Hoch-



Blick auf die englische Universitätsstadt Oxford

schulwesens dies auch der deutschen Regierung vermitteln werden. Nur so kann der Wert europäischer Zusammenarbeit und internationaler Bildung in Zeiten, in denen die Brexit-Verhandlungen beginnen, verstanden werden.

Gleichwohl sollten wir weiterhin unseren Aufgaben in gewohnter Weise nachkommen, bis das Vereinigte Königreich im März 2019 aus der EU austreten wird. Unsere Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Forschung ist von unschätzbarem Wert. Wir appellieren an unsere Universitäten, diese Zusammenarbeit fortzuführen und unsere starke Verbundenheit nicht von Ungewissheiten gefährden zu lassen. Schließlich sind wir zuversichtlich, dass britische Universitäten, die seit

dem 13. Jahrhundert internationale Wissenschaftler willkommen heißen haben, sich auch weiterhin gastfreundlich, international und kooperativ gegenüber ihren europäischen Partnern verhalten werden – Brexit hin oder her!

Vivienne Stern leitet Universities UK International

i BREXIT

Seit der Ausgabe 4/2017 widmet sich Politik & Kultur gemeinsam mit dem British Council der Fragestellung, wie die deutsch-britischen Kulturbeziehungen nach dem Brexit aussehen können.

Verspielen wir unsere Zukunft?

Der Brexit und die Folgen für Bildung und Wissenschaft

DOROTHEA RÜLAND

Die EU und Großbritannien befinden sich mitten in den Verhandlungen über den Ausstieg Großbritanniens aus der EU: Was steht dabei für Bildung und Forschung auf dem Spiel? Schaut man sich die Verflechtung zwischen unseren Ländern in diesen Bereichen an, wird deutlich, dass wir es hier mit einem komplexen Thema zu tun haben: Warum ist dies so und was macht eine Trennung hier so unsinnig und kontraproduktiv für alle Beteiligten?

Internationalisierung ist Bildung und Wissenschaft immanent, denn es geht um die besten Ideen der klügsten Köpfe der Welt und diese machen nicht an Grenzen halt – weder die Menschen noch die Ideen. Dies gilt umso mehr, wenn man an die großen globalen Themen der Zukunft denkt: von Klimawandel über Ernährungssicherheit bis hin zu vielen medizinischen oder technologischen Fragen. Wissenschaft findet heute in großen internationalen Netzwerken statt. Nicht mehr nur bi-, sondern immer mehr auch multilateral. Dazu haben sich sogar neue Formen von Partnerschaften herauskristallisiert: strategische oder privilegierte Partnerschaften, um diese Vernetzung institutionell besser abbilden zu können. Diese Entwicklung hat wiederum große Kon-

sequenzen für den akademischen Nachwuchs und die internationale Mobilität. Zum einen besteht weltweit ein großes Interesse, die klügsten Köpfe an das eigene Wissenschaftssystem zu binden. Zum anderen muss der eigene akademische Nachwuchs auf ein derart globales wissenschaftliches Umfeld vorbereitet werden. Internationalisierungsstrategien gehören deshalb heute zum Standard von Universitäten und Ländern. Da liegt es auf der Hand, dass jede Form von neuen Grenzen und Abgrenzungen ausgesprochen kontraproduktiv ist.

Dies gilt umso mehr für die Kooperation innerhalb Europas. Über Jahrzehnte ist ein großer und sehr erfolgreicher Hochschulraum aufgebaut worden, an dem alle Länder der EU partizipieren und, was die Beteiligung am Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 betrifft, sich Großbritannien als Spitzenreiter behauptet. Doch dies ist nur eine Facette. Das Thema ist sehr viel komplexer: Es betrifft alle oben genannten Bereiche, die akademische Mobilität von und nach Großbritannien auf allen Ebenen von Bachelor-Studierenden bis hin zu Wissenschaftlern. Betroffen sind voraussichtlich auch alle ausländischen Wissenschaftler, die im britischen System arbeiten, des Weiteren selbstverständlich die gemeinsamen Forschungsprojekte inklusive gemeinsamer akademischer Infrastruktur.

Wie sieht es nun in diesen Bereichen konkret aus? Schauen wir zunächst auf die akademische Mobilität: Universitäten in Großbritannien waren bisher für deutsche Studierende hochattraktiv. Mit über 13.500 Studierenden waren junge Deutsche die größte Gruppe aller EU-Bürger. Insgesamt kommen knapp 30 Prozent aller internationalen Studierenden in Großbritannien aus der EU: rund 125.000 Personen. Zum ersten Mal zeichnet sich bei jungen Deutschen ein Rückgang ab, dies ist sicherlich als Ausdruck einer Verunsicherung zu verstehen, umso wichtiger sollte es sein, Hemmnisse im europäisch-britischen Studierendenaustausch zu vermeiden. Allein die Tatsache, dass EU-Bürger nur die auf 9.000 Pfund gedeckelten Studiengebühren für Briten zahlen müssen, würde eine erhebliche Veränderung bedeuten, wenn diese Unterscheidung wegfiel.

Ähnliches gilt für das Programm Erasmus+: Dort hat sich die Studierendenmobilität junger Briten innerhalb von fünf Jahren um 45 Prozent auf gut 15.000 erhöht. Erasmus deckt bei britischen Studierenden 46 Prozent der internationalen Mobilität ab, spielt damit eine zentrale Rolle und hat sicherlich ganz wesentlich dazu beigetragen, die ursprünglich recht geringe Mobilitätsbereitschaft junger Briten zu steigern. Auch in umgekehrter

Richtung wird diese Form der Mobilitätsförderung sehr geschätzt: Pro Jahr nimmt Großbritannien insgesamt etwa 30.000 EU-Geförderte auf. Auch hier sollte alles getan werden, um die großen Möglichkeiten, die Erasmus+ bietet, weiter aufrecht zu erhalten.

Neben studentischer Mobilität stellt sich aber auch die Frage, was mit all den deutschen Staatsbürgern wird, die an britischen Hochschulen tätig sind: Deutsche stellen hier die größte natio-

Was wird mit all den deutschen Staatsbürgern, die an britischen Hochschulen tätig sind?

nale Gruppe mit insgesamt 5.540 Wissenschaftlern. Sie sind ganz wesentlich auf Personenfreizügigkeit angewiesen, tragen erheblich zum britischen Wissenschaftssystem bei und bauen die Netzwerke, auf die wir alle angewiesen sind. Ihnen muss eine attraktive Perspektive zum Bleiben geboten werden.

Kommen wir zum Bereich der Forschungskooperationen: Im laufenden EU-Forschungsförderprogramm Horizon 2020 ist Großbritannien das erfolgreichste Land, knapp gefolgt von Deutschland. Bei den fünf Spitzenuniversitäten Cambridge, Oxford, dem University College London, dem Imperial College London und Edinburgh machen die EU-Mittel rund 20 Prozent der öffentlichen Finanzierung aus. Ähnlich

stark behaupten sich Universitäten in Großbritannien bei ERC Grants. Dabei hat sich im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm gezeigt, dass Großbritannien bei der Forschungsförderung sehr viel mehr von europäischen Töpfen profitiert, als es selbst eingezahlt hat.

Allein diese wenigen Zahlen demonstrieren, was für alle Beteiligten auf dem Spiel steht: Es geht einerseits um viel Geld, viel kritischer aber wäre ein Verlust an Kooperationspartnern und Netzwerken. Dies gilt ganz besonders für deutsche Universitäten, wenn man sich die hohe Zahl der gemeinsamen Publikationen anschaut: Artikel mit internationalen Co-Autoren haben regelmäßig höhere Resonanz und werden mehr zitiert als Einzel-Veröffentlichungen; hier spielen gerade deutsch-britische Publikationen eine herausragende Rolle.

Was heißt dies nun alles? Wir können eigentlich alle nur verlieren, wenn es nicht gelingt, in den verschiedenen Bereichen die bestehenden Freizügigkeiten aufrecht zu erhalten. Deshalb werden wir uns gemeinsam mit unseren britischen Partnern dafür einsetzen, dass der Austausch mit Großbritannien uneingeschränkt fortgesetzt werden kann. Denn es steht zu befürchten, dass Entscheidungen über Bildung und Wissenschaft ganz maßgeblich von Entscheidungen in anderen Bereichen abhängen, nämlich davon, inwieweit sich Großbritannien auch zukünftig auf eine generelle Personenfreizügigkeit einlässt.

Dorothea Rüland ist Generalsekretärin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)